



**Postulat von Silvan Hotz und Daniel Grunder
betreffend Zusammensetzung des Bildungsrates
vom 25. November 2010**

Die Kantonsratsmitglieder Silvan Hotz und Daniel Grunder, beide Baar, haben am 25. November 2010 folgendes Postulat eingereicht:

Der Regierungsrat wird eingeladen, den Bildungsrat bereits ab Legislatur 2011 - 2014 nicht mehr ausschliesslich nach Parteienproporz zu wählen, sondern auch weitere Interessengruppen wie die Wirtschaft/das Gewerbe zu berücksichtigen.

Bei Erheblicherklärung sei die Erledigungsfrist gemäss § 39bis Abs. 3 entsprechend zu verkürzen.

Verfahrensantrag:

Das Postulat sei sofort zu behandeln.

Begründung der Dringlichkeit:

Der Regierungsrat wählt im Januar 2011 den Bildungsrat für die Amtsperiode 2011 bis 2014. Eine Änderung der Zusammensetzung der Kommission macht zu Beginn der Legislativperiode Sinn. Damit der Kantonsrat dem Regierungsrat seinen Willen aufzeigen kann, ist es zwingend notwendig, dass dieses Postulat an der nächsten Sitzung sofort zu behandeln (§ 39 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Kantonsrates). Zudem ist bei einer Erheblicherklärung des Postulats, die sofortige Umsetzung, bzw. Erledigung des Postulats angezeigt und notwendig (§ 39bis Abs. 3 der Geschäftsordnung des Kantonsrates).

Begründung des Vorstosses:

Der Bildungsrat ist zuständig für die strategischen Entscheide im Bereich der obligatorischen Schulzeit (§ 65 Abs 3 Schulgesetz). Dabei beschliesst er unter anderem Schwerpunkte der Bildungsziele und die Lehrpläne (§ 65 Abs. 3a Schulgesetz).

Die Schule, bzw. der Bildungsrat hat es teilweise verpasst, den gestiegenen Anforderungen der Wirtschaft im Lehrplan und bei den Bildungszielen Rechnung zu tragen. Damit wird es für die abnehmenden Unternehmen bzw. die Auszubildenden je länger je mehr schwierig, geeignete Lernende zu finden. Dies zeigt sich auch in dem Umstand, dass mittlerweile über 60 % aller neuen Lernenden in den Berufsschulen Stützkurse besuchen.

Einen Grund für diese Entwicklung sehen wir darin, dass der Bildungsrat rein politisch zusammen gesetzt ist und die Sicht der abnehmenden Wirtschaft bzw. der Berufsschulen ungenügend berücksichtigt wird.

Damit in Zukunft die Anliegen der Wirtschaft bzw. der abnehmenden Unternehmen und der Berufsschulen bei Entscheiden des Bildungsrates besser berücksichtigt werden, müssen diese Interessengruppen im Bildungsrat vertreten sein.

Die Postulanten ersuchen den Regierungsrat, das vom Gewerbeverband und der Zuger Wirtschaftskammer unterstützte Begehren bei der Neuwahl des Bildungsrates zu berücksichtigen.